

Anzeigenpreise: Die Tagespaltene mm-Zelle 25 Pf., die 4gespaltene Reklame-mm-Zelle im Text 50 Pf. — Reklamationen nur bis 8 Tage nach Erscheinen zulässig. — Belegexemplare nur auf Verlangen gegen Portiersatz. — Für Fehler durch undeutliches Manuskript keine Haftung. — Bei Einziehung durch Gericht od. i. Konkursverfahren, fällt der berechn. Rabatt fort.

Zeitspreis Mark 1.— monatlich. — Anzeigenannahme: Berlin SW 48, Friedrichstr. 16, neben der Gärtnermarkthalle. — Die Schleuderanzeigen sind von der Veröffentlichung ausgeschlossen. — Der Auftraggeber gibt durch die Aufgabe des Inserats sein Einverständnis ab; Preise unter der Schleuderpreisgrenze der Verbände wegzulassen. — Erfüllungsort Berlin-Mitte.

Die Gartenbauwirtschaft

Der Berufsständischen Wirtschaftszweigung des deutschen Gartenbauvereins
Zentralblatt des Feldmäßigen Obst- und Gemüsebaus

HERAUSGEBER: REICHSVERBAND DES DEUTSCHEN GARTENBAUES EV. BERLIN NW. 40 — VERLAG: GÄRTNERISCHE VERLAGS-GESELLSCHAFT M.B.H. BERLIN SW. 48

Nr. 6 | 45. Jahrgang der Verbandszeitung | Berlin, Donnerstag, den 6. Februar 1930 | Erscheint wöchentlich | Jahrg. 1930

Aus dem Inhalt: Wie war's in Berlin? — Profesterversammlung gegen die Konkurrenz der öffentlichen Hand. — Nachrichten über Gemüse- und Obstmärkte läuft. — Die am 15. Februar fällige Vermögenssteuer für 1929. — Klimatische Vorbereitungen für Treibhauskulturen. — Mitteilungen des Reichsverbandes. — Der erste Schritt zu einer regelmäßigen Werbung. — 9. Kurztage für Feib. und Treibgemüsebau. — Sod. oder Futtermittelmottenrücken an Obstbäumen. — Fragelosen. — Grundlinien der modernen Gartengestaltung. — Gartenbau als Verbraucher industrieller Erzeugnisse. — Die Sonntagshunde. — Aus den Landesverbänden und Bezirksgruppen. — Rostkrankheiten.

Wie war's in Berlin?

Guter Besuch aus dem Reich — Gartenbaujahr 1930 fällt aus — Sterbefälle hat bereits über 5000 Mitglieder

Eindrücke

Wenn man zunächst geglaubt hatte, daß vielleicht die wirtschaftliche Lage, die sich unbestreitbar jetzt auch im Gartenbau in immer zunehmenderem Maße bemerkbar macht, so wanden Kollegen aus dem Reich von dem Besuch der diesjährigen Wintertagung abhalten würde, so konnte man bei den Versammlungen mit Freuden feststellen, daß aus allen Gegenden Deutschlands, aber auch überall her — sei es aus Süddeutschland oder aus Ostpreußen — Angehörige unseres Berufes sich eingefunden hatten. Bei einigen Sitzungen machte sich sogar der leidige Umstand bemerkbar, daß die vorgesehenen Räume die Zahl der anrückenden Interessenten nicht fassen konnten.

Jedoch — und das sei nachdrücklich betont — machte sich in Ansehung der Wirtschaftslage im Beruf bei den einzelnen wie auch während der Aussprachen in den Sitzungen ganz allgemein eine äußerst heftige — um nicht zu sagen pessimistische — Stimmung geltend. Gerade weil sich viele von der Aussprache im Kreise derjenigen Kollegen, die im Beruf in fachlicher und wirtschaftlicher Hinsicht als maßgebend gelten, eine der Veränderung ihrer persönlichen und beruflichen Verhältnisse vielleicht dienliche Berücksichtigung an Wissen und Erfahrung verhofften, sind sie gekommen. Weil sie sich der Tatsache bewusst sind, daß heute die Erkenntnisse des einzelnen zumeist nicht mehr ausreichen, um den wirtschaftlichen Bedürfnissen erfolgreich die Spitze zu bieten. Das hängt durch alle Vorträge und durch alle persönlichen Gespräche: „Sag! Welt es Euch auch so schlecht wie uns? Und wie habt Ihr Euch verhalten?“ Es sei auch hier die Ansicht

nicht verschwiegen, die in den verschiedensten Abwandlungen immer wieder auftaucht: In diesem Kampf wird noch mancher von unseren Kollegen die Waffen strecken müssen, wenn er es nicht versteht, sich den Verhältnissen anzupassen oder sie in seinem Sinne zu gestalten.

Und dieses „Schalten-wollen“, das bewußte Vertrauen zu sich selbst, die Lage zwingen zu können, das war das Entscheidende in der allgemeinen Gedrängtheit. Wenn diejenigen, die an den Tagungen teilgenommen haben, zu Hause in ihren Bezirksgruppen in diesem Sinne anregend die hier aufgenommenen Eindrücke wiedergeben, wenn sie, die wenigen bei der großen Anzahl der Berufsgenossen, fauertätig für eine entsprechende Belebung in den Kollegentreifen sorgen, dann mag noch manches gut werden.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, heute schon einen umfangreichen Bericht über alle die einzelnen Sitzungen zu bringen — nach und nach wird das in den nächsten Nummern erfolgen. Es sei nur festgehalten, daß man sich überall bemühte, möglichst praktische Arbeit zu leisten, Arbeit, die für die Teilnehmer der Vorträge und Teilnehmer an der Aussprache nutzbringend sein wird. Wenn die Gartengestaltung sich mit der Ausführung der Erdarbeiten und mit deren Kultivierung beschäftigt, wenn die Blumenzüchter sich mit der Züchtung beschäftigen und einen in inhaltlicher wie formeller Hinsicht ungemein interessanten Vortragsstoff über den englischen Gartenbau und insbesondere dessen Orchideenzucht anhört, wenn die Spargelzüchter Versuchsergebnisse und Erfahrungen aus der Praxis in einer Weise vermittelt erhalten, wie es gleich bedeutungslos bisher wohl noch bei keiner Tagung erfolgt ist, so dürfte

dies alles — um nur einiges aus der Fülle des Gehörten herauszugreifen — sicherlich in vollem Sinne des Wortes praktische Arbeit gewesen sein. Jeder Einzelne also demnach mehr.

Es sei nur noch aus der Hauptausführungsrichtung berichtet, daß die Wahlen zu einer Wiederwahl der turnusmäßig ausgeschiedenen Herren geführt haben und daß für den Vorstand der Sterbefälle, die bereits weit über 5000 Mitglieder aufweist, folgende Herren benannt worden sind:

Bedel, Oberwehren
Bischoff, Potsdam; Romer, Cottbus (Landesverbandsvorsitzende);
Schlue, Ried; Beride, Breslau (Obmänner).

Aus Sparfeldgründen ist beschlossen worden, den Gartenbaujahr 1930, der für Breslau vorgesehen war, ausfallen zu lassen.

Am Sonnabend fand eine Profesterversammlung statt, deren Zweckbestimmung unseren Lesern bereits aus den mehrmaligen Anführungen bekannt ist. Wir berichten darüber ebenfalls noch ausführlich und bringen untenstehend zunächst nur einen Ueberblick und die gefasste Entschliessung.

Wenn nun die einzelnen wieder an die Arbeit im heimischen Betriebe gehen, dann mögen ihnen die in Berlin gesammelten Erfahrungen und verlebten Stunden nicht nur als angenehme Erinnerung und erfreuliche Bereicherung ihres Wissens dienen, sondern dann mögen sie in ihren Kollegentreifen dafür Sorge tragen, daß für die hier geleistete Arbeit der Berufsorganisation auch bei den noch abseits lebenden Kollegen das nötige Verständnis erzielt wird, damit auch sie zur Mitarbeit bewegen werden.

Rasmussens Spezialkenteer

das altbekannte, wasserunlösliche, helle, ölige Pflanzenunschädliche Holzschutzmittel als säurefreies Nadelholzprodukt auch bestbewährt zum Verstreichen von Baumwunden u. Schnittflächen. Fordern Sie Prospekt mit Gutachten von Rasmussen & Co. Nachf., Hamburg 13.

Traube's Pflanzenballen-Maschine

am rentabelsten. Wilhelm Traube, Gartenbau Groß-Weigelsdorf, Nr. 0018.

Dohrn's Vierkantpapptopf Dohrn's Reihensplanzer

Für Blumen- und Gemüsepflanzen unentbehrlich. So urteilen führende Fachleute: „Ohne Reihensplanzer nicht mehr konkurrenzfähig“. Gutachten und Prospekt postfrei. P. M. Dohrn Nachf., Wesselsburen 3

General-Vertrieb f. Brandenburg! Fensterwinkel

„Ökonom“ D. R. G. M. Kein Welterlaufen des Holzes, da das Wasser durch die Löcher abzieht. Unverwundlich. Tausendfach bewährt. Schwarz lackiert 100 St. 25, 50 M., 10 St. 2,90 M., versinkt 100 St. 25 M., 10 St. 4 M.

Alfred Treppens & Co., Berlin SW, Lindenstr. 13.

Tel.: 500Hoff 9300. Postschackh, Berlin 150 90.

Kohlensäure-Begasung

nach Dr. Reissner 1906 Verein für chem. Industrie A. G. Frankfurt a. M.

Profesterversammlung gegen die Konkurrenz der öffentlichen Hand

Am Sonnabend, den 1. Februar 1930, fand, wie angekündigt, in Berlin eine von unserem Reichsverband des deutschen Gartenbaues e. V. und dem Verband deutscher Blumenzeitschriftenhaber gemeinsam veranstaltete Profesterversammlung gegen die Konkurrenz der öffentlichen Hand statt.

Der Aufforderung waren so viele Mitglieder der beiden genannten Verbände gefolgt, daß die Sitzplätze in dem großen Saal nicht ausreichten. Den Vorsitz führte Vizepräsident Otto Berner, Präsident des Reichsverbandes. In feinen Begrüßungsworten brachte er zum Ausdruck, daß unser Beruf gewillt ist, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Rechte zu verteidigen, die uns nach den Bestimmungen der Reichsverfassung (Art. 104) zustehen.

Die beiden Vorträge führten der aufmerksam lauschenden Versammlung die Größe der Gefahr, die unserem Beruf durch die Ausbreitung der Konkurrenz der öffentlichen Hand droht, recht deutlich vor Augen.

Blumenzeitschriftenhaber Dannenberg, M. d. L., ging in längeren Ausführungen auf die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Gartenbaues und des Blumenhandels ein und schilderte sodann die schwierige Wirtschaftslage, in der beide Berufsgruppen sich heute befinden. Die allgemeine Notlage des deutschen Volkes und besonders des gesamten deutschen Mittelstandes glaubte der Redner auf eine verfehlte Gesetzgebung zurückführen zu können. Besonders der Mangel an Schutz gegen die Konkurrenz der öffentlichen Hand habe dazu beigetragen, sowohl den Gartenbau als auch die Blumenzeitschriftenhersteller auf das schwerste zu schädigen.

Gartenarchitekt Ernst Schröder, M. d. L., erläuterte eingangs die Entstehung der städtischen Gartenbauverträge und wies nach, daß die Gründe, welche während der Krieges- und Inflationszeit zur Schaffung solcher Verträge Anlaß gaben, heute nicht mehr bestehen. Danach ging Schröder auf die verschiedenen Formen, in denen sich die Konkurrenz der öffentlichen Hand für den Gartenbau bemerkbar macht, näher ein. Er schilderte sehr anschaulich den großen

Schaden, den die wirtschaftliche Verdrängung der Städte auf dem Gebiet des Gartenbaues nicht nur für die verschiedenen Zweige des Gartenbaues, sondern auch für die steuerzahlenden Bürger verursacht. An Hand von Zahlen war es dem Redner möglich, den Nachweis zu führen, daß die Städteverwaltungen durch Vergebung der Arbeiten für die Schaffung von öffentlichen Grünanlagen sehr erhebliche Ersparnisse erzielen können. In allen größeren Städten, wo öffentliche Grünanlagen zu schaffen und zu unterhalten sind, bietet sich hierzu eine Gelegenheit. Erwerbsgärtner, Gartenarchitekten und Friedhofsgärtner zur Ausführung solcher Arbeiten heranzuziehen. Es fehlt also nicht an der Möglichkeit, in den Kommunalverwaltungen erhebliche Ersparnisse zu erzielen.

Seine Redner verurteilte auf das entschiedenste die Verdrängung der öffentlichen Hand bei der Schaffung von Grünflächen, Parks und Gärten, bezüglich der Anlage und Pflege der Gräber und des Blumenverkaufs auf den Friedhöfen.

Die Vorträge wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Versammlung nahm sodann die nachstehende Entschliessung an.

Entschliessung

Die am Sonnabend, den 1. Februar 1930, im „Meisterhaus“ in Berlin versammelte Angehörigen des Gartenbaues und des Blumenhandels erheben den schärfsten Protest gegen die zunehmende privatwirtschaftliche Verdrängung der öffentlichen Hand auf den verschiedenen Gebieten des Gartenbaues und des Blumenhandels, weil sie sich durch diese Konkurrenz in ihrer Existenz auf das schwerste geschädigt sehen.

Durch das Anwachsen der Großstädte ist bereits die Verdrängung der Bevölkerung, die früher selber Gärten besaßen, die Möglichkeit eigenen Gartenbesitzes genommen. Einen dritteligen Gehalt hierfür bieten die öffentlichen Grünanlagen der Städte. Es dürfte erwartet werden, daß die Schaffung öffentlicher Grünanlagen

dem Beruf übertragen wurde, der bisher die Privatgärten geschaffen hat. Trotz der nachweislich viel kostspieligeren Arbeitsweise legen viele der Städte diese Anlagen in eigener Regie an, so daß der Beruf der Gartenarchitekten und Gartenbauverwaltungen immer mehr seines ursprünglichen Bestimmungszweckes beraubt wird.

Darüber hinaus treten vielfach Stadtgartenverwaltungen durch Uebernahme privater Arbeit in direkte Konkurrenz mit den frei schaffenden Gartenarchitekten und Gartenbauverwaltungen.

Obwohl die zur Anlage und Unterhaltung der städtischen Grünflächen erforderlichen Anlagen in der Regel preiswerter und besser vom Erwerbsgartenbau gekauft werden können, werden die Pflanzenanzüchterinnen in städtischer Regie weiter ausgebaut.

Selbst ausgesprochene Marktpflanzen werden in Kassen herausgegeben und zu Preisen auf den Markt geworfen, die nur durch erhebliche Zuschüsse aus Steuermitteln möglich werden.

Besonders scharf macht sich die Konkurrenz der öffentlichen Hand auf den Friedhöfen bemerkbar. Die Friedhofsverwaltungen versuchen, sich unter Mißbrauch ihres Eigentumsrechtes eine Monopolstellung bezüglich der Anlage und Pflege der Gräber zu schaffen. Durch dieses Vorgehen werden viele Tausende an dem Beruf der erwerbstätigen Friedhofsgärtner nicht nur auf das schwerste geschädigt, sondern oft ganz um ihre Existenz gebracht.

Gewinnberechnungen der behördlichen Gartenbauverträge deuten fast immer auf fasslichen Voraussetzungen. Besonders wird die steuerliche Bevorzugung sowie eine angemessene Verzinsung der investierten Kapitalien in der Regel außer acht gelassen. Vielfach haben die Kommunen die Unwirtschaftlichkeit ihrer gärtnerischen Unternehmungen schon selbst feststellen können. Trotzdem aber wird zum Nachteil der Bürgerschaft weiter experimentiert.

Der deutsche Gartenbau sieht sich deshalb gezwungen, zu seinem eigenen Schutz, aber auch im Interesse aller steuerzahlenden Bürger auf die Unwirtschaftlichkeit der städtischen Gartenbauverträge hinzuwirken.

Die gärtnerischen Unternehmungen der öffentlichen Hand haben mit dazu beigetragen, daß die Ausgaben von Jahr zu Jahr insoweit stetig anwachsen und die Steuern eine Höhe erreicht haben, die insbesondere für den Mittelstand untragbar geworden ist.

- Wir fordern deshalb:
1. Ein Verbot gegen den weiteren Ausbau der gärtnerischen Betriebe bei den Kommunen auf den Friedhöfen.
 2. Den tunlichst schnellen Abbau dieser Betriebe, Gärtnereien und Baumhäuser, weil erwiesen ist, daß sie unwirtschaftlich sind.
 3. Die Schaffung von öffentlichen Grünanlagen und Sportplätzen sowie die Aufrechterhaltung derselben ist den frei schaffenden Gartenarchitekten und Gartenbauverwaltungen zu übertragen, die unter ständiger Kontrolle der Gartenbauämter diese Arbeiten ebenso gut, aber billiger ausführen können als die Regiebetriebe.
 4. Die Anlage und Pflege der Gräber auf den Friedhöfen muß unter Aufsicht der gärtnerischen Beamten der Friedhofsverwaltungen wieder mit früher den erwerbstätigen Friedhofsgärtnerinnen ungeschmälert übertragen werden.